

A n t w o r t

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Michael Wäschenbach (CDU)
– Drucksache 17/12485 –

Ärztmangel in Gesundheitsämtern; Probleme im ÖGD

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/12485 – vom 22. Juli 2020 hat folgenden Wortlaut:

Meine Kleine Anfrage – Drucksache 17/12224 – wurde seitens der Landesregierung unzureichend beantwortet. So wurde u. a. die Frage nach der genauen Anzahl der Amtsärzte, Hygieneinspektoren, Psychologen, Sozialarbeiter, Krankenschwestern, Arzthelferinnen oder Verwaltungsangestellten in den Gesundheitsämtern nicht beantwortet.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Amtsärzte, Hygieneinspektoren, Psychologen, Sozialarbeiter, Krankenschwestern, Arzthelferinnen oder Verwaltungsangestellte sind in den Gesundheitsämtern beschäftigt (bitte nach den einzelnen Gesundheitsämtern aufgliedert)?
2. Wie viele Stellen als Amtsärzte, Hygieneinspektoren, Psychologen, Sozialarbeiter, Krankenschwestern, Arzthelferinnen oder Verwaltungsangestellte sind in den Gesundheitsämtern zurzeit vakant bzw. wann werden sie besetzt (bitte nach den einzelnen Gesundheitsämtern aufgliedert)?
3. Welche Soll-Personalstärke für Hygieneinspektoren, Psychologen, Sozialarbeiter, Krankenschwestern, Arzthelferinnen oder Verwaltungsangestellte wird durch das Gesundheitsministerium in den Gesundheitsämtern pro 100.000 Einwohner als angemessen angesehen (bitte nach den einzelnen Gesundheitsämtern aufgliedert)?
4. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, damit die erforderlichen 184 Vollzeitäquivalente an Amtsärzten in den Gesundheitsämtern, von denen zurzeit nur 122,36 Vollzeitäquivalente besetzt sind, nachbesetzt werden?
5. Wie hoch sollte nach Auffassung der Landesregierung die Kopfpauschale für die Finanzierung der Gesundheitsämter im Jahr 2020 sein?
6. Welche Kommunen haben die Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe im ÖGD um Unterstützung gebeten, und wegen welcher Anlässe geschah dies?
7. Wie oft und wegen welcher Anlässe hat die Landesregierung die Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe um Unterstützung zur Corona-Bekämpfung gebeten?

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 11. August 2020 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Seit der Kommunalisierung der Gesundheitsämter im Jahr 1997 obliegt die Personalhoheit den Landkreisen. Aus diesem Grund können derzeit lediglich landesweite Zahlen dargestellt werden. Im Rahmen des „Pakts für den ÖGD“, der Teil des Konjunkturprogramms der Bundesregierung ist, führte der Deutsche Städtetag und der Deutsche Landkreistag eine Personalstandserhebung in allen Gesundheitsämtern Deutschland durch. Aus den Rückmeldungen von 17 der 24 Gesundheitsämter in Rheinland-Pfalz lässt sich erkennen, dass 95,2 gemeldete ärztliche Planstellen und 344,5 gemeldete nicht-ärztliche Planstellen am 15. Juni 2020 besetzt waren.

Zu Frage 2:

Nach den Rückmeldungen von 17 der 24 Gesundheitsämtern im Rahmen der vorab genannten Personalstandserhebung ergaben sich 8,8 vakante Planstellen für ärztliches Personal sowie 14,4 vakante Planstellen für nicht-ärztliches Personal.

Zu Frage 3:

Die Beanspruchung der Gesundheitsämter in Rheinland-Pfalz ist regional unterschiedlich, aus diesem Grund können keine generellen Aussagen – gemessen pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner – getroffen werden. Hinzu kommt, dass die Corona-Pandemie ein dynamisches Geschehen ist und somit die Beanspruchung eines Gesundheitsamtes auch zeitlich variieren kann. Insofern kann über dauerhafte Bedarfe nur individuell vor Ort und nicht schematisch entschieden werden.

Zu Frage 4:

Im Jahr 2017 hat das Land Rheinland-Pfalz mit dem Beitritt zur Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen nachhaltige Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Berufsgruppen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere für die Ärztinnen und Ärzte, geschaffen.

Zu Frage 5:

Aus Sicht der Landesregierung wird eine Erhöhung der sich jährlich dynamisch erhöhenden Kopfpauschale von derzeit 48 Mio. Euro für die Finanzierung der Gesundheitsämter nicht für sinnvoll erachtet, bevor nicht eine Analyse der tatsächlichen Verwendung der Mittel des bestehenden Budgets zur Erfüllung der Aufgaben der Gesundheitsämter erfolgt ist. Auf die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 17/11800 betr. Ausstattung der Gesundheitsämter im Zuge wachsender Aufgaben im Öffentlichen Gesundheitsdienst (Drucksache 17/12070) wird verwiesen.

Zu Frage 6:

Nach Information des Landeskommmandos Rheinland-Pfalz vom 27. Juli 2020 wurde von den folgenden Kommunen um die jeweils genannte Unterstützung gebeten:

Landkreis Birkenfeld:

- Lieferung Persönliche Schutzausstattung (PSA), Desinfektionsmittel, Beatmungsgeräte,
- Unterstützung bestimmter Kliniken durch Sanitätspersonal, PSA, Beatmungsgeräte.

Landkreis Cochem-Zell:

- Betrieb Teststation mit Sanitätspersonal und PSA.

Landkreis Vulkaneifel:

- Lieferung PSA,
- Sanitätspersonal für medizinische Eingangskontrolle Klinik.

Rhein-Lahn Kreis:

- Lieferung PSA.

Kreisfreie Stadt Frankenthal:

- Betrieb eines Notkrankenhauses – Personal und Material.

Landkreis Germersheim:

- Personal zur Abstrichentnahme,
- Beratung zum Aufbau Hilfskrankenhauses.

Landkreis Bad Kreuznach:

- Lieferung PSA.

Kreisfreie Stadt Koblenz:

- Betten und Decken,
- Medizinisches Personal für Fieberambulanz,
- Sanitätspersonal: Ärzte und Fachpersonal,
- Kfz inkl. Personal für Patiententransport liegend,
- Warentransport Versorgung Klinikpersonal,
- Medizinisches Personal und Pflegekräfte für Pflegeeinrichtung in Vallendar.

Landkreis Kusel:

- Betten, Decken und Kopfkissen,
- Dusch-/Waschcontainer,
- WC-Container.

Kreisfreie Stadt Landau:

- Material für Intensivmedizin.

Kreisfreie Stadt Ludwigshafen:

- Medizinisches Personal für mobile Abstrichtteams,
- Betten,
- Medizinisches Personal für Fieberambulanz,
- Leichenhüllen.

Landkreis Mayen-Koblenz:

- Medizinisches Personal für Fieberambulanz,
- Kfz inklusive Personal und PSA für Krankentransport.

Landkreis Neuwied:

- Medizinisches Personal für Fieberambulanz.

Kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße:

- Teststäbchen.

Kreisfreie Stadt Pirmasens:

- Betten

Landkreis Südliche Weinstraße:

- Betten und Beatmungsgeräte,
- Medizinisches Personal und Pflegekräfte zur Unterstützung bestimmter Kliniken.

Landkreis Südwestpfalz:

- Medizinisches Personal und Pflegekräfte für Notkrankenhaus,
- Betten, Beatmungsgeräte, Fieberthermometer und Blutdruckmessgeräte.

Kreisfreie Stadt Worms:

- Lieferung PSA.

Kreisfreie Stadt Zweibrücken:

- Lieferung PSA und Desinfektionsmittel,
- Betten inklusive Anlieferung.

Landkreis Mainz-Bingen:

- Mitnutzung einer militärischen Liegenschaft zum Betrieb einer zusätzlichen Rettungswache des DRK.

Zu Frage 7:

Nach Information des Landeskommmandos Rheinland-Pfalz vom 27. Juli 2020 hat die Landesregierung über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung die Bundeswehr um Unterstützung bei der Hilfeleistung von Lagermöglichkeiten für Schutzausrüstung in der Kurmainz-Kaserne in Mainz gebeten. In einem weiteren Fall wurde um Unterstützung bei den Abstrichentnahmen bei der Fleischindustrie gebeten.

In Vertretung:
Dr. Alexander Wilhelm
Staatssekretär

